SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

# Vertrauen in Institutionen in Deutschland zwischen 1991 und 1995

Walz, Dieter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**
Walz, D. (1996). Vertrauen in Institutionen in Deutschland zwischen 1991 und 1995. *ZUMA Nachrichten*, *20*(38), 70-89. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-208851

**Nutzungsbedingungen:**
*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*
*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

**Terms of use:**
*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*
*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

# VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN IN DEUTSCHLAND ZWISCHEN 1991 UND 1995

*DIETER WALZ*

„Vereint - und doch gespalten“ - so wurde vielfach der Zustand der „inneren Einheit“ Deutschlands nach Vollzug der Wiedervereinigung beschrieben. Tatsächlich hängt das Gelingen der politischen Integration in Deutschland auch davon ab, daß sich im Verlaufe des Wiedervereinigungsprozesses weitgehend übereinstimmende Einstellungen und Verhaltensmuster im vereinten Deutschland etablieren. Wenn auch die Ansichten über das unverzichtbare Ausmaß an politischer Unterstützung für das politische System weit auseinandergehen, sind dauerhafte Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der politischen Ordnung mit der Idee der Demokratie nicht vereinbar. Nachdem zu Beginn der Wiedervereinigung vor allem das West-Ost Gefälle im Institutionenvertrauen als problematisch perzipiert worden war, haben sich die Einstellungen der Bevölkerung in Ost und West im Grunde bei allen untersuchten politischen Institutionen in den letzten Jahren sehr stark angenähert. Damit gibt es heute mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede in beiden Teilen Deutschlands. Ob man deshalb allerdings schon von einer gemeinsamen politischen Kultur ausgehen kann, ist damit nicht gesagt.

„Unified - but still divided“ - so people described the situation about the „internal Unification“ in Germany after the formal Unification process. But it is indeed important for the integration in Germany, that there will be the same political attitudes toward the (newly) political system. One major political attitude toward the political system is the confidence people have in their major political institutions. After there were more differences than common ground in 1990, the paper investigate whether these differences are still present, whether they are even greater or whether there took a real political acculturation place. The empirical analyse showed that the political attitudes in East and West toward almost all political institutions under investigation are converged. Even if there is a townturn in political trust in the West, there are more common ground than differences today in Germany. However, it is not easy to say whether there is

already a common political culture in Germany - but further research will show, whether not only the formal but also the political integration was successful.

## 1. Einleitung

„Vereint - und doch gespalten“ - so wurde vielfach der Zustand der „inneren Einheit“ Deutschlands nach Vollzug der formalen Integration beider deutschen Teilstaaten im Jahre 1990 beschrieben. Zu Beginn des Wiedervereinigungsprozesses war es sicherlich auch gerechtfertigt zu vermuten, daß die „Trennung über die Dauer von zwei Generationen, politische Sozialisation in konträren politischen Systemen, berufliche Anpassung und Eingliederung in unterschiedliche Wirtschaftssysteme, Teilhabe an politischen Entscheidungen auf der einen, politische Bevormundung, ja Unterdrückung auf der anderen Seite ... zu unterschiedlichen Mentalitäten der Deutschen geführt“ hat (Feist 1991: 21). So war es sicherlich ebenfalls gerechtfertigt, 1990 (noch) von zwei getrennten politischen Kulturen, d.h. von unterschiedlichen Einstellungen der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland gegenüber dem (neuen) politischen System und seinen Teilbereichen auszugehen (vgl. Kaase 1993). Allerdings wird vielfach konzediert, daß das Gelingen der politischen Integration Deutschlands sowie die Stabilität und Persistenz des politischen Systems auch maßgeblich davon abhängt, daß sich in beiden Teilen Deutschlands nach einer gewissen Übergangsphase weitgehend übereinstimmende politische Einstellungen und Verhaltensmuster herausbilden. Almond und Verba (1965) sprechen in diesem Zusammenhang von einer notwendigen Kongruenz von politischer Kultur und politischer Struktur als Faktor der Stabilität und Durabilität des politischen Systems, denn „kein demokratisches System kann ohne die Akzeptanz und Unterstützung durch die Bevölkerung existieren“ (Gluchowski/Zelle 1992: 251; vgl. Miller 1974a; Almond/Powell 1978; Gabriel 1986; Westle 1989a/b, 1990). Eine besondere Relevanz erhält die Frage nach der Kongruenz von politischer Kultur und politischer Struktur also insbesondere dann, wenn - wie im Falle der deutschen Wiedervereinigung - die Bevölkerung bzw. Teile der Bevölkerung in Folge eines Regimewechsels mit neuen politischen Strukturen konfrontiert wird. In dieser Situation befinden sich nun die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR seit dem Jahre 1990. Die Wiedervereinigung ist praktisch mit einem kompletten Institutionentransfer von West nach Ost einhergegangen, wobei die Bevölkerung der fünf neuen Bundesländer formal nach Artikel 23 Grundgesetz in das politische System der (alten) Bundesrepublik integriert wurde. Allerdings zeigen historische Erfahrungen, daß einer formalen Übernahme demokratischer Strukturen nicht automatisch deren Akzeptanz bzw. Unterstützung folgen muß, d.h. daß damit „noch lange keine ´Akkulturation´ erreicht ist“

(Schacht 1991: 14; vgl. Feist 1991; Gabriel 1993). Insofern ist es „in dieser kritischen Übergangsphase“ (Gabriel 1993: 3) auch unter Stabilitätsgesichtspunkten von großer Bedeutung, daß sich im Verlaufe des Wiedervereinigungsprozesses weitgehend übereinstimmende Einstellungen der Bevölkerung gegenüber dem - teils neuen - politischen System etablieren.

Bezugnehmend auf Eastons Modell politischer Unterstützung (1975) kann die Struktur des politischen Systems in drei zentrale Elemente zerlegt werden: a) die politische Gemeinschaft, b) die politische Ordnung (Normen, Werte und Institutionen), sowie c) die politischen Herrschaftsträger. Die Systemkultur differenziert sich bei Easton in spezifische und diffuse (Vertrauen und Legitimität) Unterstützung. Während spezifische Unterstützung als instrumentelle Outputbewertung aufgefaßt werden kann, die sich zudem primär auf die politischen Herrschaftsträger bezieht, stellt diffuse Unterstützung eine auf alle drei Objekte gerichtete affektive, moralische und wertbezogene Einstellungsart dar (vgl. Westle 1989, 1992: 461-462). In Erweiterung der Ausführungen von Almond und Verba werden also „die Objekte und Arten der Unterstützung nicht als gleich bedeutsam angesehen, sondern aus ihren unterschiedlichen Eigenschaften wird auf eine systemfunktionale Hierarchie der politischen Unterstützung geschlossen“ (Westle 1992: 462). Für die Stabilität und Funktionsfähigkeit politischer Systeme ist eine diffuse politische Unterstützung der politischen Ordnung und der politischen Gemeinschaft wesentlich bedeutsamer, als die spezifische politische Unterstützung für die politischen Herrschaftsträger. „Dieser Vorstellung entspricht der in Demokratien institutionell vorgesehene Mechanismus des Regierungswechsels durch Wahlen als möglicher Ausdruck politischer Unzufriedenheit mit den jeweils amtierenden Herrschaftsträgern, der ein Übergreifen negativer Bewertungen auf das System vermeiden soll“ (Westle 1989b: 224; vgl. Fuchs 1981). Über das unverzichtbare Ausmaß an diffuser Unterstützung für die politische Ordnung gehen die Auffassungen allerdings weit auseinander (vgl. zusammenfassend Gabriel 1993). Während eine in der Tradition des Konzeptes demokratischer Elitenherrschaft stehende Sicht des Institutionenvertrauens eine breite Vertrauensbasis fordert, und dies vor allem mit dem Erfordernis einer effektiven Erfüllung staatlicher Aufgaben begründet (vgl. Gamson 1968), wird jedoch andererseits auch gefordert, daß eine Demokratie keine vertrauensvolle, sondern eher eine mißtrauische Öffentlichkeit benötigt, die - um Mißbrauch vorzubeugen - das Handeln der Führung kritisch überwacht und einem ständigen Rechtfertigungsdruck aussetzt (vgl. Parry 1976; Döring 1990).[1)] Einige Arbeiten verweisen schließlich auf die Notwendigkeit einer gesunden Mischung von Vertrauen und Mißtrauen in der Gesellschaft (vgl. Sniderman 1981). Diese Mischung ist gegeben, wenn Teile der Bevölkerung der Führung vertrauen, andere ihr mißtrauen, wenn das Vertrauensniveau

schwankt und wenn es sowohl Dissens als auch Konsens gibt. Gabriel (1993) verweist darauf, daß man diesen Interpretationen allerdings nicht den Status ausformulierter, empirisch bewährter oder auch nur prüfbarer Theorien zubilligen kann. Auseinandersetzungen über das systemfunktionale Niveau an politischer Unterstützung lassen sich ebenfalls mit den Mitteln der empirischen Forschung nicht beilegen, insofern dienen die referierten Ansätze bestenfalls als Hintergrund für die Interpretation empirischer Befunde in diesem Beitrag. Ungeachtet der unterschiedlichen Auffassungen über das in einer Demokratie erforderliche Mindestmaß an politischer Unterstützung „sind weitverbreitete und dauerhafte Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der politischen Ordnung und der sie tragenden Institutionen mit der Idee der Demokratie unvereinbar“ (Gabriel 1993: 3).

Als eine maßgebliche Orientierungsart gegenüber dem politischen System wird das Vertrauen - als Teildimension diffuser politischer Unterstützung - der Bevölkerung in öffentliche Einrichtungen und Institutionen - als Teil der politischen Ordnung - angesehen (vgl. Miller 1974a/b; Citrin 1974; Easton 1975; Barber 1983; Gabriel 1993). Die Entwicklung des Institutionenvertrauens seit 1984 im Westen bzw. seit 1991 in Gesamtdeutschland wollen wir in diesem Beitrag dokumentieren. Bevor allerdings empirische Befunde zum Ausmaß und zur Entwicklung des Vertrauens für Institutionen in der Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung präsentiert werden, erfolgt zunächst eine kurze Einführung in die „Vertrauensforschung“, ein Überblick über den Forschungsstand sowie einige Anmerkungen zur Datensituation.

## 2. Theoretische Basis, Forschungsstand, Daten und Variablen

Der Begriff des Vertrauens wird trotz seiner offensichtlichen Bedeutung - nicht nur für den politischen Bereich - in der Forschung bisher alles andere als eindeutig bzw. einheitlich verwendet (vgl. Preisendörfer 1987; Bentele 1992; zusammenfassend Walz 1995b). Wir setzen bei der Bestimmung des Vertrauensbegriffes bei Stockes an, der unter Vertrauen zunächst nur „... a basic evaluative orientation toward government“ versteht, ohne allerdings zu spezifizieren, auf welche Dimensionen des Vertrauensbegriffes er sich explizit bezieht (Stockes 1962: 67). Gamson übernimmt diesen Definitionsvorschlag von Stockes, klassifiziert das Vertrauen jedoch ferner als „... more generalized, cumulative, and more stable“ als „... attitudes on specific issues“. Vertrauen sei zudem „... the general expectation people have about the quality of the products (and outputs) that the political system produces“ (Gamson 1968: 40, 1971: 71; Hervorhebungen DW). Mögliche inhaltliche Dimensionen dieser Erwartungen im Rahmen des Vertrauen beschreibt Abramson, wenn er darauf hinweist, Vertrauen sei „... the belief that they

(leaders of the political system, DW) will usually be honest ... and ... they will usually act in the interest of the people. Feelings of trust may also involve the belief that leaders are competent“ (Abramson 1972: 1245; vgl. auch Miller/Listhaug 1990; Gabriel 1992b; Hervorhebungen DW). Auch für Miller (1974b) spielen Erwartungen bei der Vergabe von Vertrauen eine wichtige Rolle: „... (trust is) the belief that government is operating accordering to one´s normative expectations of how government (authorities and institutions DW) should function“ (Miller 1974b: 989; vgl. Miller/Listhaug 1990). Während auch bei Barber (1983; vgl. Jäckel 1990) das Vertrauen stark mit Erwartungen zusammenhängt, definiert Coleman (1982) Vertrauen als „Übertragung von Kontrolle über Handlungen, Ressourcen und Ereignisse“, womit „immer Risiko ... und immer ein Zukunftsbezug“ mit eingeschlossen ist (Schneeberger 1982: 302; vgl. Jäckel 1990). Für Luhmann (1968) ist Vertrauen schließlich ein Mechanismus zur „Reduktion sozialer Komplexität“ (vgl. Bentele 1992). Die Annahme einer einheitlichen Verwendung des Vertrauensbegriffes ist also nicht gerechtfertigt, vielmehr finden sich zahlreiche Umschreibungen dafür in der Literatur wieder. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß sich Vertrauen nicht nur auf ein Objekt beziehen kann (bspw. Institutionen), sondern daß „... political trust is best regarded as a differentiated attitude toward different levels of the political system - toward the public philosophy which justifies the regime, its political institutions, or the authorities who hold office at a particular time“ (Gamson 1971: 42; vgl. Jäckel 1990; Gabriel 1992b). Damit gibt es auch nicht mehr das politische Vertrauen, sondern entsprechend objektabhängig beispielsweise das Personen-, Institutionen- oder Systemvertrauen (vgl. Bentele 1993). Wir wollen hier zusammenfassend unter Vertrauen für Institutionen eine Einstellung verstehen, die zunächst einmal im Sinne Colemans als „Übertragung von Kontrolle über Handlungen, Ressourcen und Ereignisse“ verstanden werden kann, jedoch untrennbar verbunden mit der Erwartung, daß öffentliche Einrichtungen und Institutionen die ihnen übertragenen Aufgaben anhand bestimmter Kriterien („Qualities“, wie z.B. gemeinwohlorientiert, ehrlich, kompetent) im Grunde zufriedenstellend erfüllen. In diesem Sinne wird Vertrauen zu einem - wenigstens temporären - „reservoir of good will“ (vgl. Easton 1975), d.h. zu einer wichtigen Teildimension diffuser politischer Unterstützung (vgl. Gabriel 1992b; Walz 1995b).

Akzeptiert man nun das Vertrauen als eine Einstellungsart, mit der sich das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Institutionen beschreiben läßt, so bleibt - neben der notwendigen Abgrenzung des Vertrauensbegriffes von anderen Konzepten (vgl. Gabriel 1992b) - noch die Frage nach den zentralen Problemstellungen der „Vertrauensforschung“. Sehr treffend faßt Gabriel mögliche Aspekte folgendermaßen zusammen: „Despite of their prominent position in public opinion research as well as in

democratic theory, the conceptional status of political trust has remained largely unclear. Considerable confusion exists on the definition and operationalization of the concept, their dimensionality, their relationship to other attitudes, the adequacy of measurement instruments, and finally the consequences of varying levels of trust ... for the political system“ (Gabriel 1992b: 2; vgl. ähnlich Preisendörfer 1987; Walz 1995b/c). Folgende Bereiche können m.E. nun als Kern einer „Vertrauensforschung“ angesehen werden:

1. Wie ist es mit Ausmaß und Entwicklung des Institutionenvertrauens bestellt?
2. Welche Struktur des Institutionenvertrauens läßt sich dabei erkennen?
3. Welche Faktoren bestimmen Ausmaß und Veränderung des Vertrauens?
4. Welche Bedeutung hat das Vertrauen auf unterschiedlichen Ebenen?

Während der erste und zweite Aspekt vor allem eine Aufgabe der Deskription darstellt, bezieht sich der dritte Bereich auf mögliche Determinanten des Vertrauens. Der vierte Aspekt thematisiert schließlich Konsequenzen von Vertrauen und Mißtrauen auf unterschiedlichen Ebenen (vgl. Walz 1995a/b). In diesem Beitrag wollen wir jedoch nur auf den ersten Bereich eingehen, d.h. aufzeigen, wie sich das Vertrauen der Bevölkerung in West- und Ostdeutschland gegenüber ausgewählten politischen Institutionen seit der Wiedervereinigung entwickelt (Deskription) hat (vgl. Lipset/Schneider 1983; Listhaug 1984; Feist 1991; Gabriel 1993). Bevor jedoch unter Rückgriff auf repräsentative Umfragestudien empirische Befunde zum Institutionenvertrauen in der Bundesrepublik Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung präsentiert werden, ist - neben einem Überblick über den Forschungsstand - auch eine kritische Würdigung der Datensituation und eine Auseinandersetzung mit den entsprechenden Frageformen und Antwortvorgaben zu leisten (vgl. Löwenhaupt 1993; Walz 1995c).

Die Erforschung des Institutionenvertrauens fristet in der deutschen Sozialforschung „ein Schattendasein“, die „Literaturlage gleicht einem Puzzle ... wobei Teile des Puzzles wiederum neue Fragen aufwerfen“ (Bentele 1992: 95; vgl. Gabriel 1992b, 1993; Plasser/Ulram 1994: 365). In der Bundesrepublik Deutschland scheint eine systematische und regelmäßige Untersuchung der Vertrauensbeziehungen der Bevölkerung gegenüber öffentlichen Einrichtungen und Institutionen bisher kaum als relevantes Forschungsfeld erkannt worden zu sein, wenn auch einige Beiträge vorliegen, die sich auch oder explizit mit dem Institutionenvertrauen auseinandersetzen (vgl. Miller/Listhaug 1990; Jäckel 1990; Döring 1990; Feist 1991; Klages 1990; Fuchs u.a. 1991; Gabriel 1992a, 1993; Krüger 1992; Gluchowski/Zelle 1992; Bentele 1992, 1993, 1994; Rattinger 1993; von Beyme 1993; Löwenhaupt 1993; Plasser/Ulram 1994; Koch u.a. 1994; Walz 1994, 1995 b/c). Nach wie vor gilt die Aussage von Backes (1990: 155), daß „obwohl - oder gerade weil - die Kategorie des `Vertrauens` für das Zusammenleben der Menschen eine so her-

ausragende Bedeutung besitzt, (...) die Politikwissenschaft diese Thematik nicht zum Gegenstand monographischer Bearbeitung gemacht“ hat. An dieser Situation hat sich auch seit 1990 nichts grundsätzlich geändert. Trotz umfangreicher Forschungsaktivitäten, welche die Wiedervereinigung und damit zusammenhängende Fragestellungen thematisieren (vgl. etwa Fuchs u.a. 1990; Bauer 1991; Herbert/Wildenmann 1991; Westle 1992; Jung u.a. 1992; Seibel 1992), liegen bislang kaum neuere Analysen zum Institutionenvertrauen vor (vgl. als Ausnahmen Gabriel 1993; Walz 1995a).

Für den Untersuchungszeitraum 1990 bis 1995 liegen etwa 30 Studien vor, die Fragen nach dem Vertrauen für öffentliche Einrichtungen und Institutionen enthalten und zur Analyse herangezogen werden können (vgl. Walz 1995c). Die Art und Anzahl der erfaßten öffentlichen Einrichtungen und Institutionen variiert jedoch von Studie zu Studie teils beträchtlich, so daß bestenfalls in allen Studien nur eine Art „institutioneller Kernbereich“ einbezogen wurde.[2)] Auch die Verwendung unterschiedlicher Skalen- bzw. Antwortvorgaben erschweren - unnötigerweise - die Analysen ganz erheblich (vgl. Löwenhaupt 1993). Es ist jedoch möglich, hier empirische Befunde zum Ausmaß und zur Entwicklung des Vertrauens für sieben Institutionen (Bundesverfassungsgericht, Gerichte, Polizei, Bundeswehr, Bundestag, Bundesregierung, Parteien) zu präsentieren (vgl. Walz 1995c; Anmerkung 5).[3)]

## 3. Empirische Befunde

Die vergleichenden Analysen zum Ausmaß und zur Entwicklung des Vertrauens für politische Institutionen beginnt mit dem Jahre 1991. Für 1990 stellte das INFAS-Institut fest, daß die „Vertrauenswerte in Ost und West ... signifikant unterschiedlich“ sind (Feist 1991: 26). Während 1990 im Westen alle Institutionen mehrheitlich mit Vertrauen bedacht wurden, war „das Bild in der DDR von Mißtrauen und Ratlosigkeit geprägt“ (Feist 1991: 26). Nur das Fernsehen verfügte am Beginn des Vereinigungsprozesses auch im Osten mehrheitlich über Vertrauen (vgl. Walz 1995c). Zu Beginn des Wiedervereinigungsprozesses konnten also mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten in Ost und West ermittelt werden (vgl. Feist 1991; Krüger 1992; Gabriel 1993; Kaase 1993). Für die nachfolgende Präsentation empirischer Befunde werden a) Bundesverfassungsgericht und Gerichte, b) Polizei und Bundeswehr, als auch c) Bundestag, Bundesregierung bzw. Parteien jeweils getrennt behandelt. Bereits in einem anderen Zusammenhang konnte gezeigt werden, daß es theoretisch sinnvoll und empirisch begründet ist, die stärker in den Parteienwerttbewerb involvierten Institutionen (Bundestag, Bundesregierung, Parteien) von eher dem Parteienwettbewerb

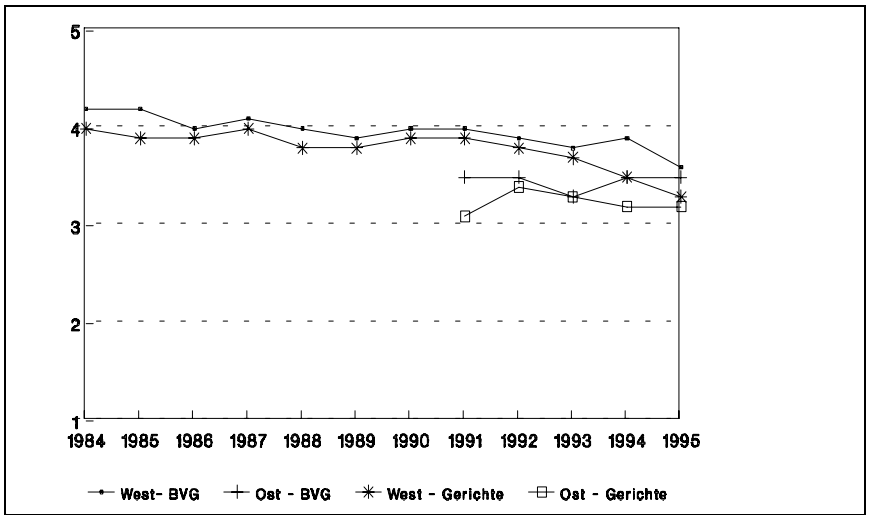
ausgelagerten Institutionen (Bundesverfassungsgericht, Gerichte, Polizei, Bundeswehr) zu trennen (vgl. Pickel/Walz 1995; Gabriel 1993).

### 3.1 Zum Vertrauen für das Bundesverfassungsgericht und die Gerichte

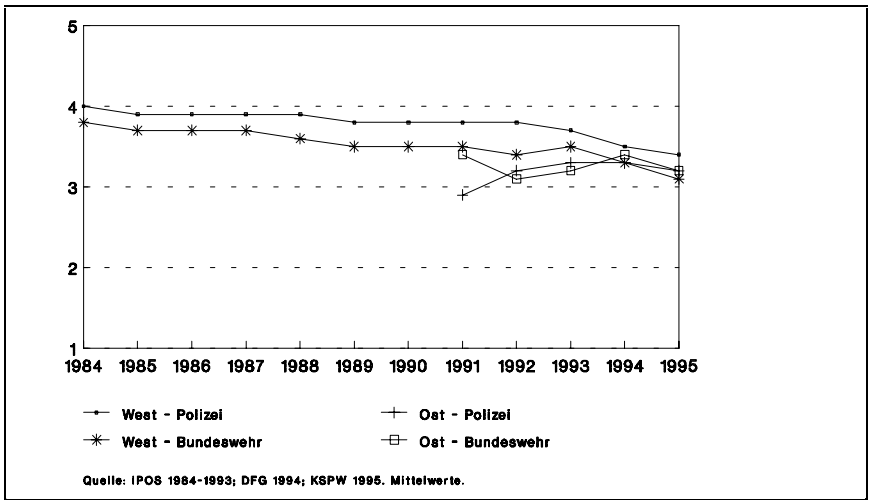
Das größte Ausmaß an Vertrauen der im Westen untersuchten öffentlichen Einrichtungen und Institutionen erreichte das Bundesverfassungsgericht. Zwischen 1984 und 1995 ist allerdings ein Rückgang im Ausmaß an Vertrauen festzustellen, d.h. von einem Mittelwert von 4,2 im Jahre 1984 auf einen Mittelwert von 3,6 im Jahre 1995.[4)] Dieser Rückgang verlief jedoch nicht kontinuierlich, sondern nahm einen leicht zyklischen Verlauf, mit leichtem Anstieg der Vertrauenswerte in den jeweiligen Bundestagswahljahren und einem Vertrauensrückgang in den Jahren dazwischen. Auch in den fünf neuen Ländern genießt das Bundesverfassungsgericht im Vergleich zu den anderen Institutionen das größte Vertrauen, wenn auch das ostdeutsche Vertrauensniveau teils deutlich unter dem des Westens liegt. Die Entwicklung der Vertrauenswerte verlief im Osten, mit Ausnahme eines kleinen Vertrauenseinbruches 1993, ausgesprochen stabil. Vergleicht man nun die Entwicklung in Ost- und Westdeutschland, so zeigen sich durchaus ähnliche Tendenzen, d.h. leichter Vertrauensrückgang zwischen 1992 und 1993 bzw. ein Anstieg des Vertrauens zwischen 1993 und 1994. Insbesondere seit 1993 nähern sich die Vertrauenswerte für das Bundesverfassungsgericht an (Differenz: 1993: 0,5; 1994: 0,4; 1994: 0,1). Die Entwicklung deutet also auf eine schrittweise Annäherung der Einstellungen der Bevölkerung in den alten und neuen Bundesländern gegenüber dem obersten deutschen Gericht hin.

Über ein relativ hohes Vertrauensniveau verfügen ebenfalls die Gerichte (Justiz) in Westdeutschland. Allerdings gehen auch hier die Vertrauenswerte - nicht kontinuierlich, sondern wiederum zyklisch - zwischen 1984 und 1995 um 0,7 Skalenpunkte zurück. Auch bei den Gerichten zeigt sich ein leichter Anstieg der Vertrauenswerte 1987 und 1990, allerdings nicht mehr im Jahre 1994 (was aber an den unterschiedlichen Skalen liegen kann). Im Osten Deutschlands stieg das Vertrauen für die Gerichte zunächst zwischen 1991 und 1992 stark an, um allerdings zwischen 1992 und 1994 wieder abzusinken. Insgesamt bewegt sich damit das Vertrauensniveau im Osten noch unter dem des Westens. Bei einer Analyse der Entwicklung der Vertrauenswerte in Ost und West zeigt sich ebenfalls vor allem seit 1992 eine ausgesprochen gleichförmiger Verlauf, wobei sich die Vertrauenswerte insbesondere seit 1993 deutlich nähern (1993: 0,4; 1994: 0,3; 1995: 0,1).

**Grafik 1: Vertrauen für das Bundesverfassungsgericht und die Gerichte, 1984-1995**




**Grafik 2: Vertrauen für die Polizei und Bundeswehr, 1984-1995**



### 3.2 Zum Vertrauen für die Polizei und Bundeswehr

Für die Polizei läßt sich konstatieren, daß das Ausmaß an Vertrauen zwischen 1984 und 1995 geringfügig, aber kontinuierlich von einem Mittelwert von 4,0 in 1984 auf einen Mittelwert von 3,7 in 1993 sinkt. Für 1994 und 1995 wurde ebenfalls geringere Vertrauenswerte ermittelt, sind aber aufgrund der unterschiedlichen Skalen nicht unmittelbar mit den Werten bis 1993 vergleichbar. Während in Westdeutschland das Vertrauen vor allem seit 1992 deutlich zurückgegangen ist, läßt sich für den Osten ein Anstieg der Vertrauenswerte zwischen 1991 und 1994 konstatieren. Nur zwischen 1994 und 1995 geht das Vertrauen wieder leicht zurück.

Die Entwicklung zwischen Ost und West zeigt für den gesamten Untersuchungszeitraum eine schrittweise und kontinuierliche Annäherung der Vertrauenswerte von einer Differenz von 0,9 Skalenpunkte in 1991 auf eine Differenz von nur noch 0,2 Skalenpunkte in 1995. Hier haben sich ebenfalls seit 1991 annähernd gleich Einstellungen herausgebildet.

Im Westen der Bundesrepublik zeigt sich zwischen 1984 und 1995 ein fast kontinuierlicher Vertrauensrückgang für die Bundeswehr, der vor allem 1994 und 1995 besonders deutlich wird. In Ostdeutschland geht zunächst zwischen 1991 und 1992 das Vertrauen zurück, um zwischen 1992 und 1994 jedoch deutlich anzusteigen. Zwischen 1994 und 1995 ist dann wieder ein leichter Vertrauensrückgang zu konstatieren. Auch hier ist die Entwicklung in beiden Landesteilen durchaus ähnlich: Vertrauensrückgang zwischen 1991 und 1992 und Vertrauensanstieg zwischen 1992 und 1993 (im Westen) bzw. zwischen 1992 und 1994 (im Osten). Waren 1991 die Vertrauenswerte in Ost und West noch sehr ähnlich, so vergrößerte sich in den Folgejahren die Differenz, um 1994 und 1995 allerdings wieder fast identische Werte anzunehmen. Anzumerken ist noch, daß die Bundeswehr seit 1994 im Osten über mehr Vertrauen verfügt, als im Westen.

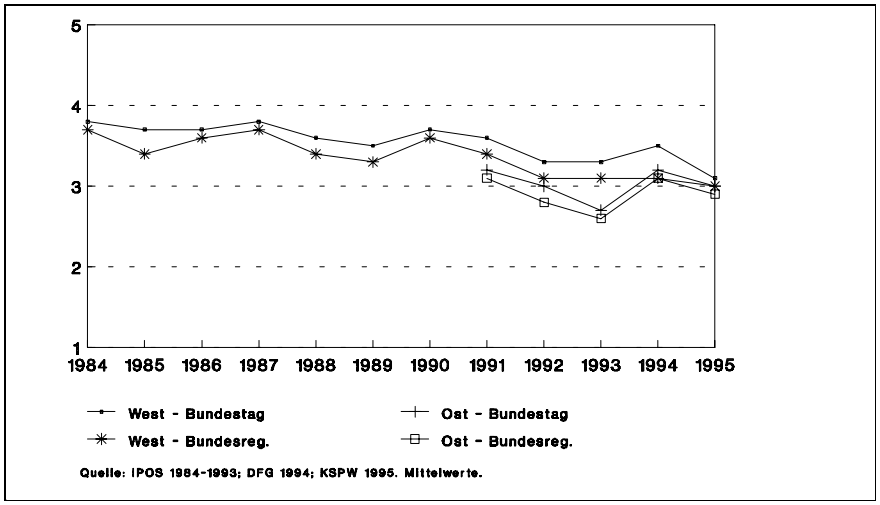
### 3.3 Zum Vertrauen für den Bundestag, Bundesregierung und Parteien

Das Vertrauen der westdeutschen Bevölkerung für den Bundestag hat ebenfalls seit 1984 schrittweise abgenommen, allerdings wiederum nicht kontinuierlich, sondern zyklisch, wobei im Vergleich zu anderen Institutionen diese Schwankungen wesentlich ausgeprägter sind. Jeweils in den Wahljahren 1987, 1990 und 1994 konnte ein deutlicher Aufwärtstrend für den Bundestag ermittelt werden, wobei jedoch 1990 und 1994 das Niveau aus 1987 nicht mehr erreicht werden konnte (vgl. Gabriel 1993). Tendenziell ging damit das Vertrauen der westdeutschen Bevölkerung in den Bundestag zurück. Wenn auch auf niedrigerem Niveau, so ist die ostdeutsche Entwicklung der im Westen nicht unähnlich, auch hier geht das Vertrauen zwischen 1991 und 1993 deutlich zurück,

steigt zwischen 1993 und 1994 jedoch wieder an. Zwischen 1994 und 1995 gehen die Vertrauenswerte wieder leicht zurück. Zusammenfassend ist festzuhalten, daß tendenziell das Vertrauen für den Bundestag sukzessive immer geringer wird. Ferner ist anzumerken, daß die Entwicklung in Ost und West sehr deutliche Übereinstimmungen aufweist und sich die Vertrauenswerte ebenfalls wieder seit 1993 stark annähern.

Eine sehr ähnliche Entwicklung wie beim Bundestag zeigt sich auch in den alten Bundesländern für die Bundesregierung. Auch hier zeichnet sich nicht etwa ein kontinuierlicher Vertrauensrückgang ab, sondern ein deutlich zyklisch ausgeprägter Kurvenverlauf, d.h. Vertrauensanstieg in den Wahljahren (nicht 1994) und Vertrauensverlust in den Jahren dazwischen.

**Grafik 3: Vertrauen für Bundestag und Bundesregierung, 1984-1995**




Insgesamt ist das Vertrauen um 0,7 Skalenpunkte zwischen 1984 und 1995 zurückgegangen. Während das Vertrauensniveau im Osten sich ebenfalls wieder unter dem westdeutschen Niveau bewegt, zeigt der Kurvenverlauf jedoch gewisse Ähnlichkeiten: Vertrauensrückgang zwischen 1991 und 1993, Vertrauensanstieg zwischen 1993 und 1994 sowie einen nochmals leichten Rückgang zwischen 1994 und 1995. Während sich dabei die Differenzen im Zeitraum von 1991 bis 1993 zwischen Ost- und Westdeutschland sogar vergrößerten, konnten für 1994 identische Vertrauenswerte

ermittelt werden, und auch 1995 variieren die Vertrauenswerte nur geringfügig. Alles in allem ist für die Bundesregierung ein vor allem seit 1990 deutlich geringeres Vertrauensniveau zu konstatieren, während allerdings die Befunde in Ost und West - nach durchaus ähnlichem Verlauf - konvergierten.

Bei der Präsentation von empirischen Befunden zum Ausmaß und zur Entwicklung des Vertrauens für die politischen Parteien muß für die achtziger und frühen neunziger Jahre auf Ergebnisse des EMNID-Instituts zurückgegriffen werden, da in den IPOS-Studien das Vertrauen für politische Parteien erst ab 1992 erhoben wurde. Für den Zeitraum 1979 bis 1993 kann ebenfalls nicht von einem kontinuierlichen Vertrauensrückgang gesprochen werden, vielmehr verlief auch hier die Entwicklung diskontinuierlich. Allerdings geht das Vertrauen seit 1983 zunächst langsam, seit etwa 1986 deutlich zurück. 1993 hatten nur noch etwa ein Viertel der Befragten im Westen und nur noch 13 Prozent der Befragten im Osten Vertrauen zu den politischen Parteien.

**Tabelle 1: Vertrauen für die politischen Parteien, 1979-1993**

| | West | | | | | | | | | Ost |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Jahr | **1979** | **1981** | **1982** | **1983** | **1984** | **1986** | **1988** | **1990** | **1993** | **1993** |
| Parteien | 43 | 40 | 39 | 50 | 47 | 45 | 38 | 26 | 26 | 13 |

Quelle: EMNID Umfrage+Analyse Nr.11-12/1993. Prozentangaben.

Auch eine differenziertere Analyse der Entwicklung zwischen 1990 und 1994 zeigt für Westdeutschland einem Vertrauensrückgang (vgl. Walz 1995c), während das Vertrauensniveau im Osten nur zwischen 1992 und 1993 leicht zurückging, um zwischen 1993 und 1994 sogar wieder anzusteigen. Die Entwicklung in Ost- und Westdeutschland zeigt also folgendes Bild: Während 1992 und 1993 das ostdeutsche Vertrauensniveau noch unter dem des Westens lag, wurden für 1994 identische Vertrauenswerte ermittelt, allerdings im Vergleich zu anderen Institutionen auf einem sehr niedrigen Niveau. Die politischen Parteien stoßen damit sowohl im Westen als auch im Osten überwiegend auf Mißtrauen.

## 3.4 Zusammenfassung und Diskussion der empirischen Befunde

Hinsichtlich des Ausmaßes und der Entwicklung der Vertrauensbeziehungen der Bevölkerung in Ost und West gegenüber politischen Institutionen lassen sich mehrere Muster identifizieren: Zwischen 1984 und 1995 verloren in den alten Bundesländern alle in die Untersuchung einbezogenen Institutionen an Vertrauen. Am stärksten war der Vertrauensrückgang für den Bundestag und die Bundesregierung, gefolgt von den Parteien, der Polizei und der Bundeswehr. Dieser Vertrauensrückgang verlief ferner bei

einigen Institutionen kontinuierlich (z.B. Polizei und Parteien), bei den anderen Institutionen eher zyklisch (z.B. Bundesverfassungsgericht, Gerichte, Bundestag, Bundesregierung), wobei vor allem in den jeweiligen Bundestagswahljahren ein teils deutlicher Vertrauensanstieg konstatiert werden konnte.

Für Ostdeutschland ist festzustellen, daß zu Beginn des Wiedervereinigungsprozesses für alle Institutionen geringere Vertrauenswerte ermittelt werden konnten als im Westen. Allerdings ist ein genereller Vertrauensverlust für die jeweiligen Institutionen - wie im Westen - nicht festzustellen, vielmehr zeichnen sich unterschiedliche Entwicklungsmuster ab: Eine eher konstante Entwicklung - wenn auch auf unterschiedlichem Niveau - zeigt sich beim Bundesverfassungsgericht und den Parteien, eher zyklische Bewegungen für die anderen Institutionen, wobei die Vertrauenswerte nach diskontinuierlichem Verlauf für die Gerichte und die Polizei leicht angestiegen bzw. für den Bundestag, die Bundesregierung und die Bundeswehr eher gefallen sind.

Da aufgrund unterschiedlicher Skalenvorgaben die Vergleichbarkeit der Befunde (seit 1994) nicht unmittelbar gegeben ist, interessiert vor allem noch die Frage, ob sich im Verlauf des Wiedervereinigungsprozesses sukzessive annähernd übereinstimmende Einstellungen in beiden Landesteilen herausgebildet haben, oder ob die Unterschiede nach wie vor bestehen bzw. ob sie sich gar vergrößert haben (vgl. Tabelle 2).

**Tabelle 2: Institutionenvertrauen in Ost- und Westdeutschland, 1991-1995**

| Institution | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 |
|---|---|---|---|---|---|
| BVerfG | 0,5 | 0,4 | 0,5 | 0,4 | 0,1 |
| Justiz/Gerichte | 0,8 | 0,4 | 0,4 | 0,3 | 0,1 |
| Polizei | 0,9 | 0,6 | 0,4 | 0,2 | 0,2 |
| Bundeswehr | 0,1 | 0,3 | 0,3 | -0,1 | -0,1 |
| Bundestag | 0,4 | 0,3 | 0,6 | 0,3 | 0,1 |
| Bundesregierung | 0,3 | 0,3 | 0,5 | 0,0 | 0,1 |
| Parteien | -- | 0,3 | 0,3 | 0,0 | -- |

Quelle: IPOS 1991, 1992, 1993; DFG 1994; ALLBUS 1994; KSPW 1995 (vgl. Walz 1995c).
Ein Minuszeichen bedeutet, daß im Osten mehr Vertrauen vorhanden ist, als im Westen.

Dabei zeigen sich interessante Befunde: Während sich die Mittelwertdifferenzen für die Institution Bundeswehr schon zu Beginn des Wiedervereinigungsprozesses kaum unterschieden und auch im Verlaufe des Untersuchungszeitraumes kaum differierten, nähern

sich die Mittelwertdifferenzen für alle anderen Institutionen seit 1991 schrittweise an, um 1995 nur noch um 0,1 bzw. 0,2 Skalenpunkte zu differieren. Tabelle 2 gibt zusammenfassend das Ausmaß und die Entwicklung der Differenzen der Vertrauenswerte zwischen Ost- und Westdeutschland im Zeitraum zwischen 1991 bis 1995 wieder. Während sich also vielfach die Vertrauenswerte deutlich nähern und auch die Entwicklung der Vertrauenswerte durchaus Ähnlichkeiten offenbart, stimmt allenfalls der Trend im Westen zu immer weniger Vertrauen bedenklich.

## 4. Abschließende Bemerkungen

Gegenstand dieser Arbeit war es, empirische Befunde zum Ausmaß und zur Entwicklung des Vertrauens der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands für politische Institutionen zu präsentieren. Diese Analysen sind sowohl unter politischen wie auch wissenschaftlichen Gesichtspunkten von Bedeutung, da das Gelingen der politischen Integration Deutschlands auch davon abhängt, daß sich in Ost- und Westdeutschland - nach einer gewissen Übergangsphase - annähernd übereinstimmende Einstellungen gegenüber öffentlichen Einrichtungen und Institutionen herausbilden. Als eine wichtige Einstellungsart wurde in diesem Beitrag das Vertrauen der Bevölkerung in einige zentrale Institutionen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschlands näher untersucht. Während es zu Beginn des Untersuchungszeitraumes hinsichtlich der Einstellungen der ost- und westdeutschen Bevölkerung zu den politischen Institutionen mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten gab (vgl. Feist 1991; Krüger 1992; Gabriel 1993), hat sich das Bild im Verlaufe der letzten fünf Jahre deutlich hin zu einer Annäherung der Einstellungen in beiden Landesteilen verändert. Bei der überwiegenden Zahl der untersuchten Institutionen sind bereits heute praktisch gleiche Vertrauenswerte in Ost und West zu konstatieren. Damit konnten m.E. nennenswerte Fortschritte beim Abbau der kulturellen Spaltung Deutschlands erzielt werden, jedenfalls soweit das Vertrauen der Bevölkerung in einige öffentliche Einrichtungen und Institutionen zur Debatte steht.

Eine demokratietheoretische Interpretation der Befunde hängt schließlich nicht zuletzt auch von der Wahl des entsprechenden Bezugsrahmens ab (vgl. Gamson 1968; Parry 1976; Sniderman 1981; zusammenfassend Gabriel 1993). Ein vorbehaltloses Vertrauen für politische Institutionen ist dabei weder für die Befragten in West- noch in Ostdeutschland typisch (vgl. Gamson 1968). Ebensowenig sind alle Institutionen mit einem generellen Vertrauensschwund bzw. überwiegend mit Mißtrauen konfrontiert (vgl. Parry 1976; Döring). In Übereinstimmung mit dem von Sniderman (1981) entwickeltem Konzept eines „Balanced Judgment“ variiert vielmehr das Vertrauen zu einzelnen

Institutionen in beiden Teilen Deutschlands. Ferner gibt es sowohl vertrauensvolle als auch mißtrauische Befragte, und es lassen sich im Zeitverlauf teils deutliche Schwankungen konstatieren. Zudem ist festzustellen, daß die dem Parteienwettbewerb eher ausgelagerten Institutionen wesentlich weniger von einem Vertrauensrückgang bzw. von Schwankungen betroffen sind, als die eher in den Parteienwettbewerb involvierten Institutionen des demokratischen Regimes, was aufgrund ihrer systematischen Stellung nicht weiter überrascht.[5] Während zu Beginn des Wiedervereinigungsprozesses vor allem das Gefälle zwischen West und Ost (vgl. Feist 1991; Gabriel 1993) als problematisch perzipiert worden war, zeigen sich heute deutliche Übereinstimmungen in der Entwicklung der Vertrauenswerte, sowie vielfach auch eine sukzessive Annäherung der Einstellungen der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands. Dabei handelt es sich m.E. zweifelsohne um einen wichtigen Baustein für eine gemeinsame politische Kultur in Deutschland.[6] Bedenklich stimmt aber, daß die Vertrauenswerte - vor allem im Westen - langsam immer geringer werden. Ob es sich dabei nur um einen Skalierungseffekt handelt, läßt sich jedoch mit den Mitteln der empirischen Politikforschung ebensowenig bestimmen wie die Frage, wann möglicherweise ein inakzeptables Niveau an Systemunterstützung erreicht sein könnte. Jedoch deuten die Befunde darauf hin, daß nicht nur mit kontinuierlichem Vertrauensverlust, sondern vielfach auch wieder mit einem Anstieg der Vertrauenswerte gerechnet werden kann, und daß dieses Auf und Ab der Demokratie in Deutschland bis dato gut bekommen ist und auch weiterhin als funktional für einen angemessenen politischen Prozeß im vereinten Deutschland interpretiert werden kann.

## Korrespondenzadresse

*Dieter Walz*
*Regnitzstr. 37*
*91301 Forchheim*
*E-Mail: d.walz@msh.sub.org*

## Anmerkungen

1) Ein Problem der Ausführungen von Döring (1990) u.a. liegt m.E. in der mangelnden Differenzierung zwischen „people running these institutions“ und den Institutionen selbst (vgl. Lipset/Schneider 1983). Die skizzierten Überlegungen beziehen sich ja primär auf das Vertrauen für die Regierenden, nicht jedoch auf die Institutionen bzw. auf die institutionelle Ordnung insgesamt. Auch wenn man konzediert, daß eine entsprechend Einstellung zu den „authorities“ funktional sein kann - wie verhält es sich mit dem Vertrauen zu den Gerichten

oder zur Polizei? Indiziert auch hier überwiegend Mißtrauen eine „gesunden Zustand“ der politischen Kultur? Vgl. dazu auch die Hinweise in Anmerkung 5.

2) Insgesamt wurden zwischen 1990 und 1995 die Vertrauenswerte für knapp 40 verschiedene Institutionen ermittelt. Allerdings wurden zahlreiche Institutionen nur einmal bzw. sehr unregelmäßig untersucht, so daß eine kontinuierliche Untersuchung zum Ausmaß und zur Entwicklung des Vertrauens nur für einige wenige Institutionen möglich ist. Folgende Studien stehen für die Analysen grundsätzlich zur Verfügung, wobei kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden soll: IPOS-Studien 1984-1993; ALLBUS 1994; ISSP 1991; Rattinger-Falter Panel 1990-1992, DFG-Studie 1994; WVS 1990; KSPW-Studie 1995; EMNID 1979-1993; INFAS 1990; DJI 1990; vgl. Walz 1995c.

3) Die Auswahl der untersuchten Institutionen ergibt sich einerseits aus der Verfügbarkeit entsprechender Untersuchungen (vgl. die Hinweise in Anmerkung 2), andererseits handelt es sich aber auch um zentrale Einrichtungen des demokratischen Regimes, wobei vor allem die Trennung von Institutionen, die dem Parteienwettbewerb ausgelagert bzw. in den Parteienwettbewerb eher involviert sind, von Bedeutung ist.

4) Bei den folgenden Analysen wurde eine 5er Skala (1=kein Vertrauen; 5=großes Vertrauen) verwendet. Allerdings ist zu beachten, daß zwischen 1990 und 1993 ursprünglich eine 11er Skala (IPOS) und - teils 1994 (ALLBUS) als auch 1995 (KSPW) eine 7er Skala verwendet wurde. Diese Skalen wurden jeweils zu einer 5er Skala recodiert. Damit ist es allerdings nur unter Vorbehalt möglich, die Mittelwerte vor und nach 1993 zu vergleichen. Möglich ist jedoch ein Vergleich der Mittelwertdifferenzen (vgl. Tabelle 2). Die Skalen wurden folgendermaßen recodiert:

**Tabelle 3: Zur Recodierung unterschiedlicher Skalenvorgaben**

| Skala | Extrem | | Mitte | | Extrem |
|---|---|---|---|---|---|
| 5er | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| 7er | 1 | 2-3 | 4 | 5-6 | 7 |
| 11er | 1-2 | 3-4 | 5-6-7 | 8-9 | 10-11 |

Von der Recodierung sind also die IPOS-Studien 1991, 1992 und 1993, als auch der ALLBUS 1994 und die KSPW-Studie 1995 betroffen.

5) Im Rahmen dieser Arbeit kann zudem nicht darauf eingegangen werden, ob mit den vorliegenden Fragen nach dem *Vertrauen für Institutionen* eine - wie im theoretischen Konzept formuliert - eher output-unabhängige Bewertung der jeweiligen Institutionen, oder aber eine durchaus auch output-abhängige, d.h. instrumentelle Bewertung der jeweiligen Institutionen sowie bspw. die Perzeption und Beurteilung der Performanz der in diesen Institutionen tätigen Akteure einfließt. Vorstellbar ist in diesem Zusammenhang, daß beim Vertrauen für die Bundesregierung bspw. auch die Zufriedenheit mit der wahrgenommenen Problemlösungskompetenz oder die Sympathien für einzelne Regierungsmitglieder in die Vergabe unterschiedlicher Vertrauenswerte einfließen, obwohl nicht die „people running

these institutions“, sondern die Institution selbst bewertet werden soll. Aufgrund möglicher Konfundierungseffekte ergeben sich u.U. natürlich erhebliche Auswirkungen für die Interpretation unterschiedlicher Vertrauenswerte. Solange keine Untersuchungen vorliegen, die derartige Operationalisierungsprobleme lösen, bleibt eine Interpretation der Befunde immer problematisch (vgl. Westle 1989; Löwenhaupt 1993). Insofern steht hier auch eher die Frage nach der Angleichung der Vertrauenswerte in Ost und West im Mittelpunkt des Interesses, und nicht so sehr die demokratietheoretische Bedeutung unterschiedlicher Niveaus.

6) Hinsichtlich der Entwicklung der Struktur des Institutionenvertrauens konnten ebenfalls im Verlaufe des Wiedervereinigungsprozesses große Übereinstimmungen erzielt werden. Auch bei Determinanten und Konsequenzen des Vertrauens sind sich Ost- und Westdeutsche nicht mehr allzu fremd (vgl. dazu ausführlich Walz 1995c).

## Literatur

Abramson, P. A., 1972: Political Efficacy and Political Trust among Black Schoolchildren. Two Explanations. The Jounrnal of Politics Vol. 34: 1243-1275.

Almond, G. A./Verba, S.,1965: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Princeton: Princeton University Press.

Almond, G. A./Powell, G. B., 1978: Comparative Politics. Boston: Little, Brown and Company.

Backes, U., 1990: Diskussionsbericht. S. 155-161 in: Haungs, Peter (Hrsg.), Politik ohne Vertrauen? Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Barber, B., 1983: The Logic and Limits of Political Trust. New Brunswick: Rutgers University Press.

Bauer, P., 1991: Politische Orientierungen im Übergang. Eine Analyse politischer Einstellungen der Bürger in West- und Ostdeutschland 1990/91. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 43: 433-453.

Bentele, G., 1992: Öffentliches Vertrauen. Eine Literaturauswertung. Erstellt im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bamberg.

Bentele, G., 1993: Immer weniger öffentliches Vertrauen. Bertelsmann Briefe Mai 1993: 39-43.

Bentele, G., 1994: Öffentliches Vertrauen - normative und soziale Grundlagen für Public Relations. S. 131-158 in: Armbrecht, W./Zabel, Ulf J. (Hrsg.), Normative Grundlagen der Public Relations. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Beyme, K. v., 1993: Der Parteienstaat und die Vertrauenskrise in der Politik. S. 23-42 in: Unseld, S. (Hrsg.), Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland. Frankfurt/M: Suhrkamp.

Citrin, J., 1974: Comment: The Political Relevance of Trust in Government. The American Political Science Review Vol. 68/3: 973-988.

Coleman, J. S., 1982: Systems of Trust. A rough theoretical framework. Angewandte Sozialforschung Jg. 10/1-2: 277-299.

Döring, H., 1990: Aspekte des Vertraus in Institutionen. Westeuropa im Querschnitt der Internationalen Wertestudie. Zeitschrift für Soziologie 2: 73-89.

Easton, D., 1975: A Re-Assessment of the Concept of Political Support. British Journal of Political Science 5: 435-457.

EMNID-Institut, 1993: Umfrage + Analyse Nr. 11-12: 82-91.

Feist, U., 1991: Zur politischen Akkulturation der vereinten Deutschen. Eine Analyse aus Anlaß der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl. Aus Politik und Zeitgeschichte B 11-12: 21-32.

Fuchs, D., 1981: Dimensionen politischer Unterstützung. S. 208-225 in: Klingemann, H.-D./Kaase, M. (Hrsg.): Politische Psychologie. PVS-Sonderheft 12. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Fuchs, D./Klingemann, H.-D./Schöbel, C.,1991: Perspektiven der politischen Kultur im vereinigten Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte B32: 35-46.

Gabriel, O. W., 1986: Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Gabriel, O. W., 1992a: Politische Einstellungen und politische Kultur. S. 95-131 in: Gabriel, O. W. (Hrsg.), Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen - Prozesse - Politikinhalte. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Gabriel, O. W., 1992b: Values, Trust and Efficacy. Paper for the Fifth Meeting of the Subgroup ´Impact of Values´ European Science Foundation Scientific Program on Beliefs in Government. Colchester, Essex, April 22-26, 1992.

Gabriel, O. W., 1993: Institutionenvertrauen im vereinigten Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte B43: 3-12.

Gamson, W. A., 1968: Power and Discontent. Homewood, Ill.: Dorsey Press.

Gamson, W. A., 1971: Political Trust and its Ramification. S. 41-55 in: Abcarian, G./Soule, J. (Hrsg.), Social Psychology and Political Behaviour. Columbus, Ohio: Merrill Press.

Gluchowski, P./Zelle, C., 1992: Demokratisierung in Ostdeutschland. Aspekte der politischen Kultur in der Periode des Systemwechsels. S.231-274 in: Gerlich, P./Plasser, F./Ulram, P. A. (Hrsg.), Regimewechsel. Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteleuropa. Wien: Böhlau Verlag.

Herbert, W./Wildenmann, R., 1991: Deutsche Identität. Die subjektive Verfassung der Deutschen vor der Vereinigung. S.71-98 in: Wildenmann, R. (Hrsg.), Nation und Demokratie. Politisch-strukturelle Gestaltungsprobleme im neuen Deutschland. Baden-Baden: Nomos.

Jäckel, H., 1990: Über das Vertrauen in der Politik. S. 31-42 in: Haungs, P. (Hrsg.), Politik ohne Vertrauen. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Jung, M./Roth, D., 1992: Politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland seit der Bundestagswahl 1990. Aus Politik- und Zeitgeschichte B19: 3-16.

Kaase, M., 1993: Innere Einheit. S. 372-383 in: Weidenfeld, W./Korte, K.-R. (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Klages, H., 1990: Vertrauen und Vertrauensverlust. S. 43-60 in: Haungs, P. (Hrsg.), Politik ohne Vertrauen? Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Koch, A./Gabler, S./Braun, M., 1994: Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 1994. ZUMA-Arbeitsbericht 94/11. Mannheim.

Krüger, W., 1992: Vertrauen in Institutionen. S. 100-113 in: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Schüler an der Schwelle zur Deutschen Einheit. Politische und persönliche Orientierungen in Ost und West. Opladen: Leske + Budrich.

Lipset, S. M./Schneider, W., 1983: The Decline of Confidence in American Institutions. Political Science Quarterly Vol. 90/3: 379-402.

Listhaug, O., 1984: Confidence in Institutions: Findings from the Norwegian Values Study. Acta Sociologica Vol. 27/2: 111-122.

Löwenhaupt, S., 1993: Vertrauen in Institutionen und Einstellungen der Bürger zur Verwaltung. Bericht zur Datenlage. in: Verwaltungswissenschaftliche Beiträge der Universität Bamberg, Nr. 29. Hrsg. von Prof. Dr. H.-U. Derlin.

Luhmann, N., 1968: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart: Enke.

Miller, A. H., 1974a: Political Issues and Trust in Government: 1964-1970. American Political Science Review Vol. 68/3: 951-972.

Miller, A. H., 1974b: Rejoinder to 'Comment' by Jack Citrin: Political Discontent or Ritualism. American Political Science Review Vol. 68/3: 989-1001.

Miller, A. H./Listhaug, O., 1990: Political Parties and Confidence in Government: A Comparison of Norway, Sweden and the United States. British Journal of Political Science 20: 357-386.

Parry, G., 1976: Trust, Distrust and Consensus. British Journal of Political Science Vol. 6/1: 129-142.

Pickel, G./Walz, D., 1995: Politikverdrossenheit. Dimensionen und Ausprägungen politischer Verdrossenheit in Ost- und Westdeutschland. Unveröffentl. Arbeitspapier. Bamberg.

Plasser, F./Ulram, P., 1994: Politische Systemunterstützung und Institutionenvertrauen in den OZE-Staaten. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft Jg. 23/4: 365-379.

Preisendörfer, P., 1987: Vertrauenskrise in der modernen Gesellschaft? Angewandte Sozialforschung Jg. 14/1: 31-39.

Rattinger, H., 1993: Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteienverdrossenheit. Aus Politik und Zeitgeschichte B 11: 24-35.

Schacht, K., 1991: Droht eine Polarisierung der deutschen Gesellschaft? S.14 in: Die tageszeitung, 7.1.1991.

Schneeberger, A., 1982: Vertrauen als Eigenschaft von Interaktionssystemen. Entwurf eines theoretischen Bezugsrahmens. Angewandte Sozialforschung Jg. 10/3: 301-307.

Seibel, W., 1992: Notwendige Illusionen: Der Wandel des Regierungssystems im vereinten Deutschland. Journal für Sozialforschung Jg. 32/3-4: 337-361.

Sniderman, P. M., 1981: A Question of Loyalty. Berkley: University of California Press.

Stockes, D. E., 1962: Popular Evaluations of Government: An Empirical Assessment. S. 61-73 in: Cleveland, H./Laswell, H. D. (Hrsg.), Ethics and Bigness. New York: Harper.

Walz, D., 1994: Parteiidentifikation und Institutionenvertrauen in der Bundesrepublik Deutschland. Paper zum DVPW-Kongreß "Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West Konflikts" vom 25.-28.8.1994 in Potsdam.

Walz, D., 1995a: Parteiidentifikation, Institutionenvertrauen und Systemunterstützung in Ost- und Westdeutschland (i.E.).

Walz, D., 1995b: Vertrauen für politische Institutionen. Unveröff. Arbeitspapier zur Dissertation.

Walz, D., 1995c: Einstellungen zu den politischen Institutionen. Paper für die Arbeitsgruppe III/3 - „Mikropolitische Aspekte des Transformationsprozesses“ des KSPW-Projekts „Wandel politischer Orientierungen und Verhaltensmuster in Deutschland seit dem Beitritt der fünf neuen Länder“.

Westle, B., 1989a: Politische Legitimität - Theorien, Konzepte, empirische Befunde. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Westle, B., 1989b: Einstellungen zu den politischen Parteien und der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. S. 223-239 in: Wildenmann, R. (Hrsg.), Volksparteien. Ratlose Riesen? Baden-Baden: Nomos Verlagsanstalt.

Westle, B., 1990: Zur Akzeptanz der politischen Parteien und der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. S. 253-298 in: Kaase, M./Klingemann, H.-D. (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Westle, B., 1992: Strukturen nationaler Identität in Ost- und Westdeutschland. Kölner Zeitschrift für Soziolgie und Sozialpsychologie Jg. 44/3: 461-488.